

ENQUETE ZUM AKTIONSPLAN SENIORENSICHERHEIT IM PARLAMENT Seniorenrat will 25 % der Unfälle und 100 Mill. € Folgekosten sparen

Wien (PK) - Jahr für Jahr sterben 1.200 Senioren an den Folgen von Unfällen und mehr als 190.000 ältere Menschen müssen alljährlich nach Unfällen ärztliche Hilfe oder Spitalspflege in Anspruch nehmen. Die Folgekosten werden auf mindestens 400 Mill. € geschätzt. Der Seniorenrat hält einen Großteil dieser Unfälle für vermeidbar und will mit einem "Aktionsplan Seniorensicherheit" die Unfallzahlen um 25 % senken, damit menschliches Leid verhindern und gleichzeitig 100 Mill. € im Gesundheits- und Pflegebereich einsparen. Konkret geht es dem Seniorenrat um Ursachenforschung, Produktsicherheit, seniorenrechtliches Wohnen und Bauen und um den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln. Hier treffen sich die Interessen der älteren Menschen mit jenen der Behinderten sowie von Müttern mit kleinen Kindern, betonten Generationenminister Herbert Haupt und der amtierende Präsident des Seniorenrates, Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. Stefan Knafl, heute im Parlament, wo eine von Nationalratspräsident Heinz Fischer eröffnete Enquete den Auftakt zur Aktion Seniorensicherheit des Österreichischen Seniorenrates bildete.

Nationalratspräsident Heinz Fischer unterstrich die Bedeutung des Themas der Enquete, indem er darauf aufmerksam machte, dass die Gruppe der über 85-Jährigen in den nächsten 40 Jahren auf über 300.000 Menschen zunehmen wird. Es sei daher wichtig, über die Lebensbedingungen und die besonderen Gefahren zu diskutieren, die den älteren Menschen drohen. In diesem Zusammenhang gab der Präsident seiner Überzeugung Ausdruck, dass im Parlament nicht nur im strengen Rahmen der Geschäftsordnung vorgesehenen Debatten abgehalten und Beschlüsse gefasst werden sollen, sondern das Parlament auch darüber hinaus ein Ort sein soll, an dem man sich mit wichtigen Fragen an die Öffentlichkeit wendet.

Bundesminister Herbert Haupt bezeichnete das Thema Seniorensicherheit in seinem Geleitwort als ein wichtiges Anliegen seines Ressorts und belegte das erhöhte Unfallrisiko der älteren Menschen mit statistischen Daten, wobei er auch auf die hohen Kosten von 400 Mill. € hinwies, die die medizinische Versorgung, die Spitalsaufenthalte und der Pflegebedarf der

Unfallopfer für die Sozialversicherungen nach sich ziehen. Der Bundesminister erinnerte daran, dass die Weltgesundheitsorganisation die Sicherheit vor Unfällen zum Menschenrecht erklärt hat, und sagte dem Seniorenrat Unterstützung seines Aktionsprogramms zu, wobei er insbesondere auf Information, die Schulung von Altenbetreuern und auf ebenso senioren- wie behinderten- und kindergerechtes Bauen setzt. "Die heutige Enquete ist der erste Stein auf diesem Weg", sagte Minister Haupt.

Der amtierende Präsident des Seniorenrates, Landeshauptmann-Stellvertreter a.D. Stefan Knafl, stellte zunächst seine Organisation als Dachverband aller großen Seniorenvereinigungen Österreichs vor und formulierte dann das Ziel, die Unfallhäufigkeit bei den älteren Menschen um 25 % zu vermindern. Das sei ein wichtiges menschliches Anliegen, aber auch eine große finanzielle Herausforderung, da eine Senkung der Senioren-Unfallzahlen in dieser Größenordnung bei den Unfallfolgekosten Einsparung von mehr als 100 Mill. € erwarten lasse. Stefan Knafl plädierte für einen generationenübergreifenden Dialog und stellte, wie Generationenminister Haupt vor ihm, dar, dass seniorenrechtliches Bauen und eine seniorenrechtliche Ausgestaltung öffentlicher Gebäude und Verkehrseinrichtungen auch im Interesse der Behinderten und von Eltern kleiner Kinder liege.

Die Reihe der Referate eröffnete Rupert Kisser (Institut Sicher Leben) mit seinen Ausführungen über "Die Seniorenunfallsituation in Österreich". Elisabeth Hechl (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen) erstattet Bericht über die gegenständliche Aufklärungsinitiative des Sozialministeriums. Weiters steht ein Referat des Konsumentensprechers des Seniorenrates, Fritz Koppe, zum Thema "Wege zur Reduktion der Unfallquote" auf der Tagesordnung. Alexander Hofmann (Abteilung für Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreichs) wird den speziellen Aspekt "Sicherheit und Gesundheit von Senioren aus Sicht der Wirtschaft" beleuchten. Berichte über bereits laufende oder vorbereitete Aktivitäten und eine allgemeine Diskussion runden das Programm ab.

Fritz Koppe (Konsumentensprecher des Seniorenrates) zufolge könnten viele Unfallgefahren ohne großen Aufwand beseitigt werden, sobald sie erkannt sind, er hält aber auch einen zielgerichteten Erfahrungsaustausch mit politischen

Entscheidungsträgern und speziellen Berufsgruppen wie etwa Architekten oder Gewerbetreibenden für erforderlich. Aus eingehenden Untersuchungen ist, wie Rupert Kisser berichtet, nämlich bekannt, dass die überwiegende Zahl der Stürze alter Menschen in Zusammenhang mit Mängeln der gebauten Umgebung, insbesondere der Wohnung, stehen und nur rund 20 % ausschließlich auf körperliche Schwächen wie Schwindelanfälle zurückzuführen sind. Ein Badezimmer nur mit Badewanne birgt ebenso Gefahren wie etwa Türschwellen, rutschende Teppiche, schadhafte Bodenbelege, fehlende Handläufe oder mangelhafte Beleuchtung. (Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0136 2002-03-06/12:12

061212 Mär 02

Link zur Aussendung:
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020306_OTS0136